

## Personal lanciert Petition für Teuerungsausgleich im Service public

Fünfzehn Verbände und Gewerkschaften des Service public lancieren eine Petition, um den Kaufkraftverlust beim Staatspersonal und staatsnahen Betrieben zu verhindern. Trotz Rekordüberschüssen gab es im letzten Jahr eine Reallohnsenkung. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen und auch künftig die Grundversorgung im ganzen Kanton zu sichern, fordert das Personal einen nachholenden Teuerungsausgleich von 3,6 Prozent. Auch künftig soll mindestens die Teuerung mittels Lohnanstieg ausgeglichen werden.

In den letzten drei Jahren erwirtschaftete der Kanton Luzern Überschüsse von insgesamt über 800 Millionen Franken. Dennoch wurde dem Personal der volle Teuerungsausgleich verwehrt – der Reallohn ist um 1,3 Prozent gesunken. Die Personalverbände und Gewerkschaften des Service public fordern, dass dieser Kaufkraftverlust kompensiert wird. Für das Jahr 2023 rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mit einer Teuerung von 2,3 Prozent.

### Reallohnsenkung verhindern

Die im kantonalen Budget 2024 vorgesehene Erhöhung um 2 Prozent würde unter dem Strich immer noch eine Reallohnsenkung bedeuten. Der Prämienschock der Krankenkasse, steigende Mieten und die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab Januar ist dabei noch nicht eingerechnet. Deshalb fordert die Petition des Personals einen Teuerungsausgleich von mindestens 3,6 Prozent sowie zusätzlich branchenspezifische Lohnanpassungen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Auch in den Folgejahren soll mindestens die Teuerung mittels Lohnanstieg ausgeglichen werden. «Der volle Ausgleich der Teuerung gehört zu einem attraktiven Arbeitgeber» unterstreicht Alex Messerli, Präsident des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands LLV. „Es kann nicht sein, dass bei gesunden Staatsfinanzen mit Millionenüberschüssen auf kantonaler und Gemeindeebene beim Personal geknauert wird. Ein ungenügender Ausgleich ist gerade im Hinblick des Lehrpersonenmangels ein fatales Zeichen.“

### Fachkräftemangel bekämpfen

«Ob im Gesundheitswesen, der Schule, im öffentlichen Nahverkehr oder bei der Polizei – im Service public herrscht akuter Fachkräftemangel» betont Melanie Setz, Präsidentin des Luzerner Verbands des Personals der öffentlichen Dienste VPOD. «Um diesem zu begegnen, braucht es bessere Arbeitsbedingungen, nicht schlechtere. Ein Teuerungsausgleich sollte dabei selbstverständlich sein», so Setz. Denn die gegenüber anderen Kantonen schlechteren Arbeits- und Lohnbedingungen erschweren nicht nur die Rekrutierung von Fachpersonal, sie sind oft auch Auslöser für den häufigen Wechsel in eine andere Branche oder gar einen anderen Kanton. Dem pflichtet Miriam Rittmann, Präsidentin des Zentralschweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK bei: «Ohne substantielle Lohnmassnahmen werden wir es nicht schaffen die Gesundheitsberufe attraktiver zu machen und das Fachpersonal im Beruf zu halten.» Doch leider sucht man solche im am Mittwoch veröffentlichten Aufgaben- und Finanzplan vergebens.

Die Petition kann online unter folgendem Link unterzeichnet werden: [www.teuerungsausgleich.ch](http://www.teuerungsausgleich.ch)

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Alex Messerli, Präsident LLV, [alex.messerli@protonmail.com](mailto:alex.messerli@protonmail.com)

Miriam Rittmann, Präsidentin SBK Zentralschweiz, [inf@sbk-zentralschweiz.ch](mailto:inf@sbk-zentralschweiz.ch)

Melanie Setz, Präsidentin VPOD Luzern, [melsetz@gmx.net](mailto:melsetz@gmx.net)

